

Kai Gehring, Krista Sager, Priska Hinz, Grietje Bettin, Ekin Deligöz,
Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, AK 5

Beschluss vom 24.04.2007



Hochschulen familienfreundlich gestalten – Elternschaft, Studium und Wissenschaft vereinbar machen

Hochschulen auf dem Weg zu familienfreundlichen Orten

Ein Land ist nur zukunftsfähig, wenn es auch kinderfreundlich ist. Daher stellen wir die Belange von Kindern und Familien in den Mittelpunkt unserer Politik. Gerade bei der Weiterentwicklung von Strukturen in Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit muss Kinder- und Familienfreundlichkeit ein zentrales Prinzip und **Modernisierungsziel** sein. Alle Institutionen und Organisationen haben die Aufgabe, ihre Strukturen und Organisationsformen so umzugestalten, dass die Vereinbarkeit von Familie sowie Ausbildung, Beruf und Karriere für Alleinerziehende und Eltern gelingen kann. Eine wichtige Institution, die diesem Anspruch gerecht werden muss, ist die Hochschule. Universitäten und Fachhochschulen haben eine **Vorbild- und Vorreiterfunktion** im öffentlichen Leben inne und gelten als Kristallisationspunkte für Innovation, Kreativität und Fortschritt. Diese gesellschaftspolitische Verantwortung gilt es im Wandel zur modernen Wissensökonomie auch für Familien und Kinder einzulösen. Denn: Ausbildungsphasen und Familiengründung dürfen sich nicht ausschließen.¹

Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen sind bislang noch keine kinder- und familienfreundlichen Einrichtungen. Ein **Mentalitätswandel** in Richtung mehr Familienfreundlichkeit steht dem Wissenschafts- und Hochschulsystem noch bevor. Die Zahl der Studierenden sowie MitarbeiterInnen in Forschung und Lehre, die mit Kindern leben, ist geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt und in anderen europäischen Ländern. Trotz erster Anstrengungen in den vergangenen Jahren gilt: Die Lern- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen sind tendenziell kinderfeindlich. Die **Kombination „Kinder, Küche, Kolloquium“** hat – gerade bei jungen Männern – Seltenheitswert. Die Studienphase wird von fast allen Studierenden zur Familiengründung als ungeeignet angesehen (HIS-Studie 2002). Hierfür spielen befürchtete Verschlechterungen der Studienleistungen, die Verlängerung der Studienzeit und vor allem drängende Fragen der Studienfinanzierung eine besondere Rolle. Auch wissenschaftliches Arbeiten und Elternschaft scheinen in Deutschland nach wie vor ein Widerspruch zu sein, Kinder und akademische Karriere gelten vielfach als unvereinbar.

Ziel grüner Familien- und Hochschulpolitik ist es daher, an Hochschulen und Forschungseinrichtungen **kinder- und familiengerechtere Bedingungen** zu schaffen, um ein Leben mit Kindern während des Studiums und einer akademischen Tätigkeit zu erleichtern. In diesem Zusammenhang gehen wir von einem erweiterten Familienbegriff aus, der auf Verantwortungsübernahme beruht. Auch wenn dies im vorliegenden Papier nicht durchgängig explizit erwähnt ist, bedeutet Familienfreundlichkeit für uns, nicht nur Kinderbetreuung, sondern auch die Verantwortungsübernahme für pflegebedürftige oder kranke Angehörige zu ermöglichen.

Barrieren auf dem Weg zum familienfreundlichen Campus überwinden

Eltern und Kinder treffen an Hochschulen auf zahlreiche Barrieren, die eine Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft und Elternschaft erschweren. So fehlen vor allem in großem Umfang arbeitsplatznahe qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte **Betreuungsangebote für Kinder** von studierenden und forschenden Eltern. Der bestehende eklatante Mangel an Betreuungsmöglichkeiten besonders für unter dreijährige Kinder ist der zentrale Hemmschuh für eine gelingende Vereinbarkeit von Kind und Karriere in unserer Gesellschaft. Auf besondere Weise gilt dies, wenn Elternschaft, Wissenschaft und Studium an einer Hochschule zu vereinbaren sind. Ein gutes und an den Bedarfen orientiertes Angebot an kinder- und familiengerechter **Infrastruktur auf dem Campus** ist vielerorts weiterhin Mangelware. Darüber hinaus braucht es mehr familienfreundliche und flexible Studienangebote und -zeiten für studierende Eltern. Hinzu kommt, dass die bestehenden **Studienfinanzierungsbedingungen** (BAföG, Studiengebühren, Studienkredite und Stipendien) die spezifischen Bedarfslagen von studierenden oder akademischen Eltern noch nicht ausreichend berücksichtigen. Für wissenschaftliches Personal gelten – bei durchaus flexiblen Arbeitszeiten – hohe Anforderungen für nahezu permanente Verfügbarkeit und unbegrenzte Mobilität sowie eine oftmals sehr hohe Arbeitsbelastung. Viele junge WissenschaftlerInnen möchten Kinder haben, sehen sich aber mit gravierenden strukturellen Hemmnissen konfrontiert. Der Wunsch, partnerschaftlich Kinder groß zu ziehen und ein gleichberechtigtes Familien- und Erwerbs-

¹ Damit baut dieses Papier auf dem Diskussions- und AutorInnenpapier „Grüne Familienpolitik für Familien von heute und morgen“ aus der Wörlitzer Fraktionsklausur vom 9./10. Januar 2007 auf.

modell zu leben, stößt auf ein Wissenschaftssystem, dessen Arbeitsbedingungen nicht geschlechter- und somit auch nicht familiengerecht sind. Der Vergleich mit der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in anderen europäischen Ländern zeigt, dass mehr **Chancengerechtigkeit in der Wissenschaft** auch zu mehr Familienfreundlichkeit beiträgt, indem sich Elternschaft und wissenschaftliche Karrierewege besser vereinbaren lassen. Um mehr Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, bedarf es neben einer Vielzahl gezielter gleichstellungspolitischer Maßnahmen generell einer veränderten Wissenschafts- und Arbeitskultur. Chancengerechtigkeit schließt insofern eine kulturelle Dimension ein. Immer noch herrscht hierzulande ein **Berufsbild** des typischerweise männlichen Wissenschaftlers vor, der sich abgekoppelt und „einzelkämpferisch“ einzig auf seine Wissenschaft stürzt. Dieses Berufsbild wirkt auf junge Menschen, sowohl Männer als auch insbesondere Frauen, die eine akademische Laufbahn anstreben, abschreckend. Ein solches veraltetes Berufsbild trägt dazu bei, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen im sich durch den demografischen Wandel verschärfenden Wettbewerb um hochqualifizierte AkademikerInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen ins Hintertreffen zu geraten drohen. Große Unternehmen haben längst angefangen, z.B. flexible Arbeitszeiten und familienfreundliche Angebote als Wettbewerbsvorteil in der Konkurrenz um gut ausgebildete und innovative MitarbeiterInnen zu nutzen. Wollen die Hochschulen hier nicht den Anschluss verlieren, müssen sie ihr Berufsbild entsprechend modernisieren. All diese Barrieren gilt es auf dem Weg zu familienfreundlichen Hochschulen durch konkrete und praxistaugliche Maßnahmen und Projekte zu überwinden.²

Umsteuern auf Familienfreundlichkeit bringt Vorteile

Dem wissenschaftlichen Nachwuchs familiengerechte Studien- und Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven zu bieten, ist eine drängende Herausforderung. Denn in Zeiten demografischer Alterung, eines tiefgreifenden Wandels zur Wissensökonomie und zunehmender Internationalisierung dürfen wir keine Wissens- und Begabungspotenziale ungenutzt lassen. Es ist erklärtes Ziel, mehr **Durchlässigkeit** im Bildungssystem zu schaffen und die Hochschulen für Menschen auch ohne Abitur zu öffnen. Wenn man aber dieses Ziel ernst nimmt, müssen sich die Hochschulen darauf einstellen, dass in Zukunft der Anteil von Studierenden mit Kindern an den Hochschulen steigen wird. Wenn wir unser Land zum attraktiven Standort für die kreativsten Köpfe machen wollen, braucht es auch mehr Angebote und eine **stärkere Offenheit** gegenüber Studierenden und Forschenden mit Kindern.

Durch die schrittweise Etablierung familienfreundlicher Maßnahmen übernehmen Hochschulen vermehrt **gesellschaftliche Verantwortung** und werden im nationalen, europäischen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger und innovativer. Durch ein familienfreundliches Klima und ein gewandeltes Berufsbild für WissenschaftlerInnen erhöht sich zudem die Motivation und Leistungsbereitschaft von WissenschaftlerInnen, MitarbeiterInnen und Studierenden mit Kindern. Studiendauer und Studienabbruchzahlen lassen sich auf diese Weise reduzieren und die Identifikation mit der Hochschule und ihrem Standort erhöhen.

Bei der Wahl einer Hochschule als Arbeits- oder Studienort ist es sowohl für Studierende als auch für WissenschaftlerInnen wichtig, sich ein zutreffendes Bild über die Familienfreundlichkeit der Einrichtung machen zu können. Zu diesem Zweck sind Zertifikate wie das **Audit „Familienfreundliche Hochschule“** sinnvoll. Es gibt den Hochschulen einen Maßstab an die Hand, ihre Defizite und Stärken zu erkennen und Verbesserungen zu erarbeiten. Potenziellen Studierenden und MitarbeiterInnen gibt es Orientierung über die Bedingungen, die sie an der Hochschule vorfinden werden. Dazu ist ein transparenter Kriterienkatalog notwendig, der insbesondere die familienfreundliche Gestaltung der Studien- und Arbeitsbedingungen sowie die angebotene Infrastrukturen berücksichtigt. Wir wollen daher, dass ein solches Zertifikat für Familienfreundlichkeit bundesweit eingeführt wird. Die Zertifizierung unterstützt Hochschulen bei ihrem Modernisierungsprozess darin, ein familienfreundliches Profil zu entwickeln und dieses als Qualitätskriterium zu begreifen.

Für die Entwicklung familiengerechter Hochschulen sind **vier Handlungsfelder** besonders wichtig: eine neue Lebensphasen- und Zeitpolitik, Kinderbetreuung und familiengerechte Infrastrukturen auf dem Campus, bessere Studienbedingungen für studierende Eltern sowie bessere Arbeitsbedingungen für WissenschaftlerInnen mit Kind(ern).

Für alle Handlungsfelder gilt: Eltern selbst sind ExpertInnen für familienfreundliche Bedingungen. Überall, wo lokal elterngerechte Hochschulangebote entwickelt werden, müssen deswegen die Betroffenen intensiv beteiligt werden. Auf diese Weise können vor Ort die jeweils am besten passenden Angebote und Strukturen entstehen.

² Mehr Geschlechtergerechtigkeit im Hochschul- und Wissenschaftssystem ist dabei ein wichtiges und eigenständiges Feld, das weit über Familienfreundlichkeit hinausgeht. Deshalb wollen wir das Thema „Frauen in der Wissenschaft“ und neue Ideen für mehr „Geschlechtergerechtigkeit im Wissenschaftssystem“ an anderer Stelle vertiefen.

1. Intelligente Lebensphasenpolitik statt akademische Rush Hour

In Deutschland dominiert auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer ein Modell der Lebensgestaltung, das viele Entscheidungen in die Phase weniger Lebensjahre zwingt. Ausbildungsabschluss, Berufsstart, Familiengründung – all diese Weichenstellungen sind in einer „**Rush Hour des Lebens**“ verdichtet. Gerade für AkademikerInnen, deren Ausbildungsphase länger andauert, erwachsen daraus massive Probleme. Die hohe zeitliche Beanspruchung *während* des Studiums und v. a. zeitliche Verdichtung von Schlüsselentscheidungen *nach* dem Studienabschluss sind zentrale Ursachen für Kinderlosigkeit. Grüne Lebensphasen- und Zeitpolitik setzt sich daher zum Ziel, insbesondere die Rush Hour zu entzerren.

Künftig wird die starre **Dreiteilung der Lebensabschnitte** in eine Lern-, Arbeits- und Ruhestandsphase nicht mehr tragfähig sein. Der einmal erlernte Beruf trägt nicht mehr durch ein ganzes Erwerbsleben. Die Entwicklung zur Wissensgesellschaft macht das lebenslange Lernen für alle Berufsgruppen bedeutsam und erforderlich. Erwerbsphasen werden zunehmend von Bildungsphasen abgelöst oder begleitet. Daher ist es notwendig, Berufs- und Bildungsstrukturen an gewandelte Biografien anzupassen und Qualifizierungsphasen flexibler zu gestalten, um auf diese Weise lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Ein richtiger Schritt in diese Richtung ist die Einführung der neuen Studienabschlüsse, die eine familiengerechtere Aufteilung der Studienphasen auf die Lebenszeit ermöglicht. So ist beispielsweise eine Abfolge Bachelor-Studium – Familienzeit – Master-Studium möglich.

Es muss darüber hinaus in Zukunft selbstverständlicher werden, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und -situationen die Hochschulen besuchen. Dies gilt genauso für Studierende, die Kinder erziehen. Deswegen sollten Hochschulen sowohl den Lernenden als auch den Lehrenden möglichst weitgehende Flexibilität und Selbstbestimmung bei der individuellen Zeitgestaltung ermöglichen.

Dazu gehört insbesondere, **Formen von Teilzeitstudium** aktiv zu fördern, um auf diese Weise Studierenden die Familiengründung während des Studiums zu erleichtern. Es bedarf dabei seitens der Länder und Hochschulen ernsthafter Anstrengungen und verbindlicher Regelungen dafür, – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – möglichst viele Studiengänge als Teilzeitstudium absolvieren zu können. Besonders essentiell ist die Ermöglichung eines Teilzeitstudiums im Bereich der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge. Hier sind die Studienanforderungen meist so stark zeitlich verdichtet, dass Kinderbetreuung während des Studiums kaum noch möglich ist, insbesondere für diejenigen, die neben dem Studium ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit finanzieren müssen.

Für wissenschaftliches Personal und MitarbeiterInnen der Hochschule sind **familienorientierte Arbeitszeiten** erforderlich. Diese müssen wiederum Teil einer neuen Zeitpolitik sein, bei der die Konkurrenz zwischen Betriebs- und Arbeitszeit, Familien-, Lebens- und Eigenzeit entschärft und eine individuelle Zeitbalance ermöglicht wird. Elternschaft während der Ausbildung betrifft dabei nicht nur Studierende. Daher ist es wichtig, dass die Veränderungen in Erwerbsverläufen darüber hinaus in allen Lebens- und Bildungsphasen berücksichtigt werden.

Zentral ist dabei für die Wissenschaft als Beruf, dass die **Lebensaltersbeschränkungen** beim Zugang zu Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen abgeschafft werden. In keinem anderen Land besteht bei der Anstellung an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen eine solch starke Fixierung auf das Lebensalter wie in Deutschland. Statt der starren Festlegung von Altersgrenzen muss den Hochschulen der Freiraum gegeben werden, aufgrund der eigenen Bedingungen und des Einzelfalles über die Einstellung zu entscheiden.

2. Kinderbetreuung ausbauen, Familieninfrastruktur auf dem Campus schaffen

Kinderbetreuungsinfrastruktur fällt in den Aufgabenbereich der Kommunen. In den meisten Kommunen – v. a. in den alten Bundesländern – sind Qualität und/ oder Umfang des Betreuungsangebots jedoch nicht ausreichend. Darüber hinaus werden vielfältige **spezifische Betreuungsbedarfe** nicht aufgefangen: für Kinder unter drei Jahren, außerhalb der gewöhnlichen Öffnungszeiten, in den Sommerferien, bei Krankheit des Kindes oder bei Hausaufgaben-, Lern- und Prüfungszeiten. Verlässliche Betreuung in den Abendstunden oder an Wochenenden wird besonders selten angeboten. Dies betrifft Eltern an Hochschulen ebenso wie andere Familien. Notwendig ist die Bereitstellung bedarfsgerechter und qualitativ hochwertiger Betreuungsinfrastruktur für alle Familien. Damit der Ausbau von entsprechenden Angeboten verbindlich gelingt, fordern wir die Ausweitung des **Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung** auf Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.³ Ebenso wichtig ist der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, damit auch Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter Familienleben und Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit an Hochschulen zukünftig besser vereinbaren können.

Bei schwierigen und lückenhaften Versorgungslagen vor Ort im Bereich der vorschulischen Betreuung sollte die Hochschule versuchen, in **Kooperation** mit der öffentlichen Hand für ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen zu sorgen. Der Zusammenarbeit mit Elterninitiativen und den Studentenwerken kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Dadurch sind auf dem Campus Formen der **Selbstorganisation** von qualitativ hochwertiger Kinder-

³ Siehe hierzu ausführlicher unseren Beschluss „Kinder in den Mittelpunkt“ aus dem März 2006.

betreuung und Anlaufstellen für Eltern möglich – vom Elternservice-Büro bis zu Tagespflege-Börsen sind hier vielfältige Modelle denkbar. So können die spezifischen Bedarfe von Studierenden und WissenschaftlerInnen mit Kindern aufgefangen werden.

Um Hochschulen oder Forschungseinrichtungen familiengerechter zu gestalten und ein klares Signal für mehr Kinderfreundlichkeit zu setzen, reichen oft auch kleine infrastrukturelle Veränderungen: Spielplätze auf dem Campus, Kinderbüros, Krabbelgruppen, Stillräume, gute sanitäre Anlagen mit Wickelmöglichkeiten oder Kinderstühle in den Mensen sind beispielsweise wichtige Zeichen, die Studierende und Hochschulpersonal mit Kindern willkommen heißen.

3. Studienbedingungen familienfreundlicher gestalten

Studierende brauchen kinder- und familienfreundlich strukturierte Studienbedingungen, die eine Elternschaft während des Studiums ermöglichen. Diesem Anspruch werden Studienstrukturen und -organisation bislang noch nicht gerecht. Um dies zu verändern, sind drei Elemente zentral: erstens die verbindliche **Ermöglichung eines Teilzeitstudiums** (siehe oben), zweitens die **Ausgestaltung des Studienangebotes** nach den Bedürfnissen von Eltern und drittens eine **familienfreundliche Studienfinanzierung**.

Bei der **Ausgestaltung des Studienangebots** sind die spezifischen zeitlichen Bedürfnisse von studierenden Eltern besonders zu beachten. Auch wenn diese Bedürfnisse individuell stark variieren, ist davon auszugehen, dass die meisten Studierenden mit Kind Lehrveranstaltungen während der üblichen Zeiten von Kinderbetreuungsangeboten bevorzugen. Zudem können auch gebündelte Angebote außerhalb der Kernzeit (z.B. Blockseminare am Wochenende) den Wünschen studierender Eltern entgegen kommen. Im Zuge der Öffnung der Hochschulen für Weiterbildung werden ohnehin zunehmend Lehrangebote am Abend und am Wochenende entstehen. Soweit fachlich sinnvoll, müssen diese auch studierenden Eltern offen stehen.

Die familienfreundliche Ausrichtung von **Öffnungszeiten** gilt selbstverständlich auch für Hochschuleinrichtungen wie Bibliotheken, Labore und PC-Pools. Gleichzeitig sind dabei familienfreundliche Arbeitsbedingungen des betroffenen Hochschulpersonals zu wahren bzw. zu schaffen. Auch die Nutzungsbedingungen der verschiedenen Hochschulangebote können noch besser auf die spezifischen Servicebedarfe der Eltern zugeschnitten werden. Zudem ist zu prüfen, inwiefern formale Prüfungsanforderungen für studentische Eltern flexibilisiert werden können (z.B. durch Härtefallregelungen und Fristverlängerungen).

Die **Finanzierung** des eigenen Lebensunterhaltes ist v. a. für Studierende mit Kind ein Problem. Diese Gruppe wendet nicht nur mehr Zeit für die Betreuung der Kinder auf, sondern – im Vergleich zu Studierenden ohne Kinder – aufgrund von Geldmangel auch deutlich mehr Zeit für Erwerbsarbeit neben dem Studium⁴. Dies zeigt, wie notwendig eine Reform der Studienfinanzierung auch mit Blick auf die Lage von studentischen Eltern ist.

Nachdem die Große Koalition das Erziehungs- zum **Elterngeld** reformiert hat, müssen nun dringend notwendige Anpassungen beim BAföG erfolgen. Denn im Vergleich zu anderen Gruppen werden Studierende mit dem neuen Elterngeld, das als Lohnersatzleistung konzipiert ist, gegenüber der bisherigen Erziehungsgeldregelung schlechter gestellt, sobald sie über kein zusätzliches oder nur ein geringes Erwerbseinkommen verfügen. Um die Finanzierungssituation von Studierenden mit Kind(ern) zu verbessern, befürworten wir als ersten Schritt die Absicht, einen neuen **Kinderzuschlag ins BAföG** einzuführen. Studierende Eltern sollten aus unserer Sicht *für jedes Kind* einen nicht-rückzahlbaren Zuschuss erhalten. Daneben ist es bei einer von uns mittelfristig angestrebten umfassenden Strukturreform der Studienfinanzierung notwendig, eine direkt wirksame Kinderkomponente vorzusehen. Wir setzen uns damit für eine Studienfinanzierung ein, die Eltern die Vereinbarkeit von Kind(ern) und Studium deutlich erleichtert.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Einführung von allgemeinen **Studiengebühren**. Zwar sind Studierende mit Kind meist von der Gebührenpflicht befreit. Doch bekommen die meisten jungen Frauen und Männer erst *nach* dem Studium Kinder – genau dann, wenn die Rückzahlung der Gebührendarlehen fällig ist. Die Tilgungsbedingungen sind hier wesentlich familien~~un~~freundlicher als beim BAföG. Dadurch besteht die Gefahr, dass junge AkademikerInnen die Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt, wenn die Gebührenschnulden abgetragen sind, verschieben.

4. Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft familienfreundlicher gestalten

Die Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen stellen hohe Anforderungen an die **Zeit, Flexibilität und Mobilität** von Eltern und Kindern. Die meisten ArbeitnehmerInnen in der Wissenschaft nehmen dies in Kauf, ohne dass sie wie in vergleichbaren „Hochleistungssystemen“ eine adäquate Gegenleistung in Form eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses oder einer Aussicht auf vorausschauende Karriereplanung erhalten. Der hohe

⁴ Quelle: 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Belastungsdruck, dem junger WissenschaftlerInnen ausgesetzt sind, hat dazu beigetragen, dass in der Qualifizierungsphase nur gut ein Viertel von ihnen Kinder hat. Und auch in der Phase der ersten Festanstellung hat kaum die Hälfte der WissenschaftlerInnen Kinder. Dieses Missverhältnis gilt es durch familiengerechte Maßnahmen zu überwinden, damit Kinderwünsche, wo sie vorhanden sind, nicht unerfüllt bleiben, weil bestehende akademische Arbeitsbedingungen deren Realisierung erschweren.

Um die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft nachhaltig familienfreundlicher zu gestalten, sind neben einem modernen wissenschaftlichen Leitbild und einer anderen Arbeitskultur - weg vom „Genie im stillen Kämmerlein“ hin zur „Forschung, die mit beiden Beinen im Leben steht“ - vor allem folgende Schritte notwendig: **Arbeitszeitanforderungen** müssen zugunsten der Forschenden flexibilisiert, das **unbefristete Arbeitsverhältnis** muss zum Normalfall und eine familienfreundliche **Karriereplanung** zum Standard werden.

Der Arbeitsbereich Wissenschaft bietet im Vergleich zu anderen Berufsbildern ein hohes Maß an **zeitlicher Flexibilität**. Zugleich sind aber Arbeitsbelastung und die -anforderungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen insbesondere in der karriererelevanten Qualifizierungsphase junger WissenschaftlerInnen so hoch, dass sich viele WissenschaftlerInnen gegen eine individuelle Familienplanung entscheiden. Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen anderer Länder bieten WissenschaftlerInnen teilweise sehr viel günstigere Bedingungen, Karriereplanung und Familienleben zu vereinbaren. Dies ist für einige exzellenten NachwuchswissenschaftlerInnen mit ein Grund dafür, sich für eine berufliche Zukunft im Ausland zu entscheiden. Das Dilemma überfordernder Arbeitsstrukturen müssen Wissenschaftspolitik und -einrichtungen gemeinsam lösen. Es müssen Angebote gemacht werden, die es WissenschaftlerInnen ermöglichen, Flexibilität im Sinne einer stärkeren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben zu nutzen. So könnten Arrangements getroffen werden, Lehr- und Forschungstätigkeiten nach Absprache „en bloc“ wahrzunehmen, so dass sie deutlich effizienter bewältigt werden können. Dazu können **spezifische Arbeitszeitkonten** beitragen. Unter der Prämisse, dass auch die Lehrleistung an deutschen Hochschulen künftig verstärkt ins Gewicht fällt, könnten WissenschaftlerInnen so Phasen intensiver Forschung bzw. Lehre nach Rücksprache mit der Hochschule individueller gestalten. Gleichzeitig müssen die Bedingungen von familienfreundlicher **Teilzeitbeschäftigung** verbessert werden.

Zusätzlich müssen **Altersvorgaben** aller Art in der Wissenschaft aufgehoben werden. Es muss möglich sein, auch nach einer Familienphase in die Wissenschaft einzusteigen, zwischen einzelnen Qualifizierungsstufen nicht nur Erfahrungen durch Auslandsaufenthalte, sondern auch in der Industrie oder im Dienstleistungssektor zu sammeln. Auch solche Öffnungen des bisher zu hermetischen Wissenschaftssystems schaffen Anreize für Menschen, sich auf das Abenteuer „Wissenschaft als Beruf“ einzulassen.

Der Anteil unbefristet beschäftigter WissenschaftlerInnen nimmt an den deutschen Hochschulen kontinuierlich ab. Diese Entwicklung wird durch das **neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz** der Großen Koalition noch verstärkt. Das Gesetz enthält zwei Neuregelungen, die familien- und generationenpolitisch relevant sind: Es gewährt einerseits denjenigen, die sich in der Qualifikationsphase befinden, die Option der Verlängerung um Kindererziehungszeiten. Das scheint auf den ersten Blick wie eine Erleichterung der Entscheidung für ein Kind. Es fehlt aber die Verbesserung der Perspektive.

Denn: Für diejenigen, die nach der Qualifizierungsphase bisher auf eine Festanstellung hoffen durften, weist das neue Gesetz nun den Weg in Befristungsketten. Durch den im Gesetz verankerten Befristungsgrund der überwiegenden Drittmittelfinanzierung werden künftig in projektförmigen Forschungszusammenhängen die Arbeitsverträge sowohl von WissenschaftlerInnen als auch die des nicht-wissenschaftlichen Personals befristet werden. Auch nach der Qualifizierungsphase sind befristete Arbeitsverträge möglich, wenn die Finanzierung „überwiegend“ aus Drittmitteln erfolgt. Ein solches Zuschneiden von Projekten kommt solchen Hochschulen und Forschungseinrichtungen entgegen, die bisher kaum Karriereplanung betrieben haben, sondern unterhalb der Lehrstuhlinhaber ihre Innovationskraft allein durch den ständigen Wettbewerb vieler junger Nachwuchskräfte um wenige Arbeitsplätze sichern wollten. Die neuen Befristungsregelung wird also berufliche Planungsunsicherheit zur Folge haben, die einer der wichtigsten Entscheidungsgründe gegen die Realisierung des eigenen Kinderwunsches ist.

Statt dieser Planungsunsicherheit sollte das **unbefristete Arbeitsverhältnis** nach der Qualifizierungsphase in der Wissenschaft die Regel sein. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen unter klar definierten Voraussetzungen unbefristete Arbeitsverträge gemäß dem geltenden allgemeinen Arbeitsrecht abschließen und beenden können. Dazu muss, anders als im neuen Gesetz vorgesehen, im Rahmen des allgemeinen Arbeitsrechts gemeinsam mit den Tarifpartnern eine wissenschaftsspezifische Regelung gefunden werden.

Personalmanagement und Karriereplanung sind an vielen Hochschulen noch immer Fremdworte. Offenere Karrierewege und weniger WissenschaftlerInnen mit Beamtenstatus werden in Zukunft dazu führen, dass sich auch an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Karrierewege flexibilisieren. ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen müssen darauf mit gemeinsamen Konzepten reagieren. Hierbei ergeben sich neue Chancen für beide Seiten, vor allem für eine gezielte Förderung von MitarbeiterInnen in unterschiedlichen Lebenssituationen und -phasen. **„Diversity Management“** ist hierfür ein lohnenswerter Ansatz einer zukunftsfähigen Personalentwicklung, der verstärkt in die Breite entwickelt werden sollte. Diversity berücksichtigt dabei auch die besonderen Potenziale von MitarbeiterInnen und WissenschaftlerInnen mit Kind(ern).

Um deutlich zu machen, dass Wissenschaft ein attraktiver Arbeitsplatz für Mütter und Väter sein kann, muss er für **hochqualifizierte Paare** attraktiver gemacht werden. Denn wie unter einem Brennglas zeigen Hochschulen wie auch die öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen mit ihrem hoch spezialisierten Arbeitsangebot die Probleme von Paaren, in denen beide hoch qualifiziert sind („Dual Career Couples“). Die besonderen Bedürfnisse solcher Paare und damit auch Familien sind für öffentlich finanzierte Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland kaum zu erfüllen. Auch machen viele im Ausland beschäftigte WissenschaftlerInnen ihre Rückkehr oder ihren Umzug nach Deutschland davon abhängig, ob die Partnerin bzw. der Partner ein zufriedenstellendes Angebot bekommt. Deswegen schlagen wir vor, dass **regionale Servicebüros** der Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Anlaufstelle dienen, um Wege zur beruflichen Rückkehr aus dem Ausland und für die Arbeitsvermittlung des Partners oder der Partnerin zu erarbeiten. Außerdem sollte die Förderung für junge NachwuchsforscherInnen im Emmy-Noether-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Wissenschaftlerpaare ausgeweitet werden.

Forderungskatalog: Grüne Vorschläge für familienfreundliche Hochschulen

Familienfreundlichkeit ist ein bedeutsames Profilelement und strategisches Ziel im Wettbewerb um die besten Studierenden und WissenschaftlerInnen. Daher erwarten wir, dass die zunehmend selbstständigen Hochschulen aus eigenem Antrieb vielfältige Maßnahmen ergreifen, um kinder- und familiengerechter zu werden. Sie müssen dabei nicht bei Null anfangen, sondern können sich an – teilweise durch das Audit „Familienfreundliche Hochschule“ zertifizierten – **Best-Practice-Beispielen** anderer Hochschulen orientieren. Wir begrüßen es daher, wenn sich Universitäten und Fachhochschulen mit allen Statusgruppen und hochschulnahen Einrichtungen – wie u.a. Studentenwerke, Betriebsräte, studentische Hochschulgruppen – gemeinsam für kinder- und familiengerechtere Studien- und Arbeitsbedingungen einsetzen.

Als konkrete Schritte und Handlungsempfehlungen für mehr Familienfreundlichkeit sollen die Hochschulen und hochschulnahen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen daher:

- Familienfreundlichkeit in **Leitlinien, Mindeststandards und Zielvereinbarungen** verankern und Handlungskonzepte auf den Weg zu bringen.
- sich um eine **Auditierung als „Familiengerechte Hochschule“** bemühen.
- eine **kinder- und familiengerechte Infrastruktur** (wie z. B. Spielplätze oder Still- und Wickelräume) auf dem Campus bereitstellen.
- ergänzend und abgestimmt zum kommunalen Betreuungsangebot nach Bedarf eigene **Kinderbetreuungsinfrastruktur** (v. a. für unter Dreijährige) vorhalten. Hier sind besonders die Bedarfe von WissenschaftlerInnen in der Qualifizierungsphase zu berücksichtigen.
- gemeinsam mit kommunalen Anbietern **Kinderferienbetreuung** anbieten, die Ferienzeiten in Kindergärten und Schulen zu überbrücken hilft und gleichzeitig Kindern durch spielerisches Lernen Wissenschaft und Technik näher bringt.
- **Eltern-Servicebüros** für NachwuchswissenschaftlerInnen und Studierende mit Kindern, um Hilfestellung bei der Organisation und Vermittlung von Kinderbetreuung zu geben.
- **studentische Initiativen** wie Elternnetzwerke z.B. für ehrenamtlich angebotene Betreuung fördern und der Betreuungsqualität unterstützen.
- Studierende und WissenschaftlerInnen mit Kindern bei der **Wohnungssuche** unterstützen und in Studierendenwohnheimen bevorzugt behandeln (z.B. durch Familienappartements, Alleinerziehenden-WGs).
- **begleitende Angebote an Kinderbetreuung** bei Weiterbildungsveranstaltungen, Tagungen, Konferenzen von und an der Hochschule organisieren.
- in allen Studienordnungen und der Studienorganisation die praktischen Voraussetzungen für ein **Teilzeitstudium** schaffen.
- die **Studiengestaltung für studierende Eltern** erleichtern – vor allem durch Pflichtveranstaltungen zu gesicherten Betreuungszeiten, auf Wunsch Blockseminare, E-Learning als Ergänzung bzw. Alternative zum Präsenzstudium, flexibilisierte formale Prüfungsanforderungen, für studierende Eltern reservierte Labor- und Praktikaplätze, Ausleihmöglichkeiten von Präsenzliteratur am Abend oder über das Wochenende etc.

- in Abstimmung damit verschiedenste **Formen der Arbeitszeitflexibilität** für Beschäftigte mit Kindern im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich anbieten (z.B. Telearbeitsplätze und E-Learning und E-Teaching-Angebote).
- **familiengerechte Arbeitszeitbedingungen** schaffen, um qualifizierte Fachkräfte – Frauen und Männer – mit Kindern zu gewinnen, zu motivieren und zu halten.
- **Mentoringprogramme und Patenschaften** einführen, die studierenden Eltern ein zielgerichtetes Studium erleichtern, WissenschaftlerInnen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beraten und von Unterstützungsangeboten flankiert werden.
- **familienbewusste Personalentwicklung** unterstützen sowie das Thema Beruf und Familie in die Berufungs- und Einstellungsverfahren zu integrieren.
- die Familienorientierung auf der **Führungsebene** fördern.
- **Informationsmaterialien und -medien** (z.B. Publikationen, Internetservice) zu ihren familienfreundlichen Angeboten für Studierende und WissenschaftlerInnen mit Kind(ern) bereitstellen.
- **gesundheitsfördernde Maßnahmen** für Eltern in Studium und Wissenschaft etablieren, die helfen, einen Ausgleich zwischen Leben, Elternschaft, Arbeiten und Studieren zu schaffen (z.B. Work-Life-Balance, Zeitmanagement).
- alle Betroffenen bei der Verankerung von Familienfreundlichkeit **in einen kontinuierlichen Dialog- und Verbesserungsprozess einbinden**.
- sich an lokalen und regionalen **Verbundprojekten und Netzwerken** zum Thema „Beruf und Familie“ z.B. mit Unternehmen, Verwaltungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen beteiligen.

Bund, Länder und Kommunen sollen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten

- die bei Hochschulpakt und Exzellenzinitiative angekündigten **Arbeitsplätze an den Hochschulen** möglichst mit Perspektive zur Entfristung einrichten.
- möglichst optimale **Rahmenbedingungen** für die o. g. Maßnahmen zu familienfreundlichen Hochschulen schaffen und hierfür alle Möglichkeiten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich nutzen.
- ausreichend qualitativ hochwertige **Kinderbetreuungsplätze** schaffen.
- das Angebot an **Ganztagschulen** deutlich erhöhen.
- eine verbindliche **Möglichkeit eines Teilzeitstudiums** für studierende Eltern – insbesondere bei den neuen Bachelor- und Master-Studiengängen – verankern.
- im **BAföG eine Kinderkomponente** ergänzen, die eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Studium während der Ausbildungsphase ermöglicht und die Studienfinanzierung von Studierenden mit Kind nachhaltig verbessert.
- die Auswirkungen von **Studiengebühren und Studienkrediten** auf junge Familien und ihre Verschuldung nach dem Studium berücksichtigen und bei den Rückzahlungsmodalitäten **großzügige Ausnahmeregelungen** und Ermäßigungen für Studierende mit Kindern einführen.
- die Rush Hour des Lebens durch eine **intelligente Zeitpolitik** vor allem für Studierende und AkademikerInnen mit Kindern entzerren, um somit Lebensphasen und Lernbiographien flexibler gestalten zu können.